

## Erklärung der SVV Perleberg zum geplanten Anbau von Gen-Kartoffeln in Sükow

Gegenwärtig läuft das Verfahren des „Antrages auf Freisetzung von gentechnisch veränderten Kartoffeln mit veränderten Kohlenhydratmetabolismus (2007 – 2008)“. Die Bürgerinnen und Bürger haben noch bis zum 26.3. Zeit, Einwendungen zu diesem Freisetzungsantrag abzugeben.

Kaum eine Diskussion wird so emotional und kontrovers geführt, wie die über die Grüne Gentechnik.

Umfragen zu Folge lehnen zwischen 70 bis 80 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland die Grüne Gentechnik ab.

Diese Ablehnung wird sich auch im Verbraucherverhalten dokumentieren.

Erst vor wenigen Tagen hat sich der Brandenburger Agrar- und Umweltminister Dietmar Woidke (SPD) gegen die weitere Ausdehnung der grünen Gentechnik in Brandenburg ausgesprochen. Er bezeichnete diese als für das Land verzichtbar und machte deutlich, dass durch den Einsatz der Grünen Gentechnik ein Imageschaden zu befürchten ist.

Brandenburg drohe der Verlust seines guten Rufes als Land von Naturschutz und -erhaltung sowie der Attraktivität seiner Naherholungsgebiete, so der Minister.

Dies sieht die Stadtverordnetenversammlung Perleberg ebenso.

Eine Freisetzung von gentechnisch veränderten Kartoffeln in unmittelbarer Nähe des größten touristischen Leistungsanbieters kann mit einem Imageschaden verbunden sein und die touristische Entwicklung der Einrichtung, als auch die der Region beeinträchtigen.

Beim Einsatz und der Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen geht es nicht nur um Gesundheitsgefahren, ökologische Schäden oder um Schädigungen des Bodens, da der Nachweis dafür noch aussteht bzw. Langzeitauswirkungen nicht ausreichend erforscht sind. Vielmehr ist ein Imageschaden für die gesamte Region, die sich als Tourismus- und Gesundheitsregion sieht und weiter entwickeln möchte, zu befürchten.

Aus diesem Grund lehnt die Stadtverordnetenversammlung den Anbau gentechnisch veränderter Kartoffeln in Sükow ab und beauftragt den Bürgermeister, eine entsprechende Stellungnahme gegenüber dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit abzugeben.